

An den Bürgermeister der
Stadt Bergisch Gladbach
Lutz Urbach
Konrad-Adenauer Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

29. Nov. 2011

- Eingegangen -

29. Nov. 2011

Montag, 28.11.2011

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir bitten den nachfolgenden Antrag auf der nächsten Ratssitzung zu behandeln. DIE LINKE./BfBB Fraktion im Rat der Stadt Bergisch Gladbach beantragt für die nächste Stadtratssitzung am 13.12.2011:

Antrag auf Einführung eines Bürgerhaushaltes für die Stadt Bergisch Gladbach

Die Verwaltung der Stadt Bergisch Gladbach wird beauftragt, ein Konzept für einen „Kommunalen Bürgerhaushalt“ für die Haushaltsperiode (2014) zu erarbeiten und bis Ende 2012 dem Stadtrat zur weiteren Diskussion vorzulegen.

Dieses soll geschehen in enger Abstimmung mit den Fraktionen, Gruppen, Vereinen und der interessierten Öffentlichkeit. Hierbei sollen Erfahrungen anderer Städte berücksichtigt werden. Ein deutlicher Schwerpunkt soll bei der Ausweitung von Partizipationsmöglichkeiten insbesondere durch verstärkte Online-Beteiligung gesetzt werden.

Begründung:

Mit unserem Antrag der konzeptionellen Entwicklung und Einführung des Kommunalen Bürgerhaushaltes soll ein weiterer Schritt in Richtung Bürgerbeteiligung und transparentes Verwaltungshandeln getan werden. Die Stadt Bergisch Gladbach hatte bis in Jahr 2009 dazu schon einige kleine Schritte getan. Diese müssen wieder aufgegriffen und entwickelt werden. Ziel ist es, Bergisch Gladbacher Bürgerinnen und Bürger an der Haushaltsplanung aktiv mitwirken zu lassen um sich gemeinsam mit Politik und Verwaltung zu engagieren.

Mehrere Kommunen, wie z.B. Köln, Hilden oder Hamm, sind neue Wege der Bürgerbeteiligung bei der Aufstellung des Haushalts gegangen. Ohne damit die Rechte des Rates einzuschränken, werden die Bürgerinnen und Bürger stärker an der kommunalen Finanzplanung beteiligt. So wurden beim Kölner Bürgerhaushalt die Bürgerinnen und Bürger unter dem Motto „Deine Stadt, Dein Geld“ an den Etatbereichen Sport, Grünflächen, Straßen und Wege mit großem Erfolg beteiligt.

Finanzierung:

Die Finanzierung für zusätzliches Personal kann durch die Anhebung der Gewerbesteuer ermöglicht werden.

Mit freundlichen Grüßen,



Tomás M. Santillán
Fraktionsvorsitzender